

Ganzjährig	8 fl. 40 kr.
Halbjährig	4 „ 20 „
Vierteljährig	2 „ 10 „
Monatlich	— „ 70 „

Ganzjährig	11 fl. — kr.
Halbjährig	5 „ 50 „
Vierteljährig	2 „ 75 „

Für Zustellung ins Haus vierteljährig 25 kr., monatlich 9 kr.

Einzelne Nummern 6 kr.

# Tagblatt.

Kongressplatz Nr. 81 (Buchhandlung von J. v. Steinmayer & S. Bamberg).

Für die einseitige Zeitspalte 3 kr. bei zweimaliger Einschaltung & 5 kr. dreimal & 7 kr.

Inserationsstempel jedesmal 30 kr.

Bei größeren Inseraten und öfterer Einschaltung entsprechender Rabatt.

Anonime Mittheilungen werden nicht berücksichtigt; Manuscripte nicht zurückgesendet.

## Graf Andrássy.

Es scheint, daß diesmal die Krise sich rasch abwickeln werde. Gestern mußten wir dem Grafen Beust als gefallener Größe das Grabgeleit geben, heute schon hat Graf Andrássy seinen Posten am Ballplatz in Wien eingenommen. Die Ereignisse folgen sich in Altösterreich ganz wider die Gewohnheit ungemein rasch auf dem Fuße. Bevor die Welt noch Zeit hatte, sich von ihrem Erstaunen ob Beust's jähem Sturze zu erholen, steht sie schon vor einer andern nicht minder bedeutungsvollen Thatsache, vor der Leitung der äußeren Angelegenheiten Oesterreich-Ungarns durch den ungarischen Grafen Julius Andrássy.

Wenn den Grafen nicht einmüthiger Jubel in seiner neuen einflußreichen Stellung empfangen sollte, so wird er das schon den absonderlichen Verhältnissen und den nichts weniger als klaren Umständen, unter denen er ans Ruder tritt, zu Gute halten müssen. Vor allem müßte man den Antheil, den er selbst an der Intrigue zum Sturze des Reichskanzlers genommen, genau kennen; denn seinerzeit ward Graf Andrássy nicht mit Unrecht der Intrigue gegen Beust beschuldigt; aber im gegenwärtigen Momente war er gewiß mehr als irgend jemand überzeugt, daß der früher von ihm vielfach angefeindete Staatsmann das ihm von den Delegationen entgegengebrachte Vertrauen im vollen Maße verdiene, ja daß derselbe für Oesterreich-Ungarn unentbehrlich sei, und Andrássy machte auch von dieser seiner Ueberzeugung kein Hehl.

Wir wollen also einstweilen den günstigsten Fall annehmen, den wir übrigens schon gestern angedeutet,

Graf Andrássy habe sich einzig und allein durch das große vaterländische Interesse zur raschen Uebernahme der Erbschaft Beust's im auswärtigen Amte bewegen lassen, auf daß nicht im Falle seiner Zögerung oder Weigerung ein Staatsmann ans Ruder komme, welcher die Interessen Ungarns und seine Stellung zum Reiche irgendwie gefährden könnte. Denn es will uns nicht zu Sinne, daß ein Mann von der Charakterstärke Andrássy's, der noch vor wenigen Tagen mit Beust für einen großen Zweck zusammen kämpfte und vereint mit ihm zur Erreichung dieses Zweckes, der Vereitelung der hohenzollern'schen Ausgleichspolitik, seine Stellung in die Schanze schlug, daß dieser Mann noch in denselben Momenten den sittlichen Muth haben sollte, den niedrigen Intriguanzen zu spielen und nach dem Portefeuille seines Fremdes zu greifen.

Freilich gehört auch nach dem seltsamen, so ganz inkonstitutionellen Sturze seines Vorgängers ein nicht geringes Selbstvertrauen dazu, den schlüpfrigen Boden zu betreten, auf dem Minister straucheln, und ein parlamentarisch ganz unerhörtes Ereigniß, wie der Fall Beust's, sollte man glauben, würde jeden noch so ehrgeizigen Staatsmann zurückschrecken, um eines momentanen Einflusses willen nach dem trügerischen Schimmer dieser Würde zu haschen. Denn wer bürgt dem Grafen dafür, nachdem einmal diese Art der Ministerentlassung in Schwung gekommen, ob ihn nicht morgen dasselbe Schicksal trifft, wie heute wider alles Erwarten seinen Vorgänger? Wie gesagt, es müssen Rücksichten ganz besonderer Art gewesen sein, die es Andrássy geboten sein ließen, über alle derlei Bedenken mit solcher Hast hinwegzueilen und den leer gewordenen Sessel im auswärtigen Amte schleunigst zu besetzen. Mit dieser

unwiderwärtig entschiedenen Thatsache haben wir fortan zu rechnen.

Fragen wir nach der Haltung, welche die Deutsch-Oesterreicher der neuen Wendung der Dinge entgegen bringen sollen, so kann dieselbe der Natur der Sache nach zunächst nur eine kühle, zurückhaltende, abwartende sein. Gar zu vieles hat zusammen gewirkt, um eine solche als geboten erscheinen zu lassen. Man halte sich nur gegenwärtig, wie wir so eben erst ein finsternes Komplot der Pfaffen und Nationalen gegen unsere Verfassung und unser Volksthum zerrissen, daß wir den Sieg in diesem Kampfe nur der Bundesgenossenschaft des Grafen Beust zu danken haben, daß diesen wackern Vorkämpfer so eben in einer noch unaufgedeckten geheimnißvollen Haupt- und Staatsaktion das Verhängniß erfaßt hat, daß der Sturz dieses unseres Kampfgesossen die Bildung eines verfassungstreuen Cabinets wider in Verwirrung gebracht, da jeder Mann von Talent und Charakter nach solchen Vorgängen Bedenken tragen wird, in Oesterreich Minister werden zu wollen. Alle diese Erwägungen sind wohl nicht dazu angethan, uns hoffnungslos in die Zukunft blicken zu lassen.

Aber trotzdem werden die Deutschen es auch nicht vergessen, daß Graf Andrássy im Entscheidungskampfe der Sache des Rechtes und der Verfassung wacker zur Seite stand und ihr zum schließlichen Triumphe verhalf. Ja wir gehen sogar so weit, da es einmal Beust nicht beschieden war, fernerhin an der Leitung dieses Reiches Theil zu nehmen, unter allen Staatsmännern der Monarchie den Grafen Andrássy für den geeignetsten zu halten, die Hinterlassenschaft des Reichskanzlers anzutreten. Beide zusammen haben sie an dem Ausgleich und

## Fenilleton.

### Eine Peterspennigrechnung.

Seitdem ein Pfarrer oder Kooperator irgendwo an der Drau oder San seinen andächtigen und gottesfürchtigen Pfarrkindern die schreckliche Noth des heiligen Vaters geschildert hat, seitdem er ihnen erzählte, daß das graue Oberhaupt der katholischen Christenheit kaum einen Löffel Einbremsuppe zum Frühstück habe und daß er trotz seiner Unfehlbarkeit und trotz des ermäßigten Portotarif's nicht einmal eine Zehnkreuzermarke aufstreiben kann, um dorthin, wo die Kröpfe wachsen und die Trottel gedeihen, um ein Almosen zu schreiben, seitdem wird wohl manches fromme Mütterchen mehr Zichorie in ihren Kaffee als früher sonst gethan haben, um für den Peterspennig ein paar Kreuzer bei Seite zu legen; denn wie könnte sie ruhig sich guten Kaffee gönnen, wenn der unfehlbare heilige Vater kaum Einbremsuppe hat!

Was glaubt nun das gute Mütterchen, wenn seine Zichorienkreuzer mit noch unterschiedlichen andern Kreuzern, Pfennigen und Hellern, die fromme Herzen sich vom Munde abgedarbt, im Vatikan anlangen, was glaubt es, geschieht damit? Der Mundloch kauft rasch ein paar Holzschelle und Kienpäne,

um dem greisen Papst auf dem Sparherd das langentbehrte, kräftigende Supplein zu kochen? Das wäre allerdings sehr rührend, aber es geschieht doch nicht so, vielmehr heißt es von diesen Pfennigen und vielen anderen: „Leg's zu dem Uebrigen," was schon einmal ein Kammerdiener einer gewissen Lady Milford wegen ihrer Börse gerathen haben soll.

Jetzt fragt sich's aber, was, oder eigentlich wie viel dieses Uebrige ist.

Ist dies Uebrige am Ende gar ein Schatz? Das ist die pure Unmöglichkeit, denn aufs Schatzsammeln war noch kein Papst bedacht, jeder gedachte der Worte des Evangelisten, der da sagt Math. 6, 19—21: „Ihr sollt Euch nicht Schätze sammeln auf Erden — Ihr sollt Euch Schätze sammeln im Himmel — denn wo Euer Schatz ist, dort ist auch Euer Herz," und das Herz eines Papstes ist immer im Himmel. Also ein Schatz ist's nicht, kann's nicht sein. Was ist's denn? Ein Sparpfennig.

Dieser Sparpfennig sieht aber so aus: Seit 1852 wurden von den „Staatsrenten" des Kirchenstaates 600.000 Thaler zurückgelegt unter dem Titel eines Zuschusses zur Zivilliste des heiligen Vaters. Seit 1854 wurden davon alljährlich 500.000 Thaler auf den Namen des päpstlichen Majordomus und Vertrauensmannes Gioachino

Spagno in englischen Konsols bei englischen Bankiers hinterlegt und die Zinsen zum Kapital geschlagen.

Getrennt von diesem Sparpfennig des Papstes, der in London angelegt ist, besteht noch ein „Tresor des päpstlichen Staates," der in verschiedenen auswärtigen Rententiteln auf den Namen des Cardinals Antonelli bei Bankiers in Paris, Brüssel und im Haag angelegt ist und der am Schlusse des vorigen Jahres 12 Millionen Franken betrug. Die Zinsen dieses Kapitals werden pünktlich nach Rom gesandt. Aus Paris allein empfängt der Cardinal Antonelli hierauf monatlich für 30.000 Franken Tratten.

Addiren wir.

Zu London wurden seit 1854, also bis 1870 durch 16 Jahre, 500.000 Thaler angelegt, macht 8,000.000 Thlr.

Zinsen zu Zinsen geschlagen, macht während der 16 Jahre mindestens 6,000.000 „

Zusammen also 14,000.000 Thlr.

oder 52,500.000 Frks.

Dazu die in Frankreich, Belgien und den Niederlanden angelegten 12,000.000 „

macht im ganzen 64,500.000 Frks.

Wohl erzählt man in Rom und London mit

an der Festigung des parlamentarischen Systems dies- und jenseits der Leitha gearbeitet, beide besanden sich die letzten fünf Jahre hindurch in Uebereinstimmung in den wichtigsten Fragen der innern wie der äußern Politik, beide befürworteten mit gleicher Wärme die innigen Beziehungen zu unsern Nachbarländern, zu Deutschland und Italien, und wirkten in diesem Sinne einmüthig beim Abschlusse der Vereinbarungen von Gastein und Salzburg. Selbst Rom, der schwarzen und rothen Internationalen, den staatsgefährlichen Gesellschaften der Jesuiten und Kommunisten gegenüber fanden sich ihre Anschauungen in Uebereinstimmung, so daß nicht zu besorgen steht, unter Andrassy's Führung der auswärtigen Geschäfte werde in diesen Fragen eine andere Politik beliebt werden, als die bisherige, deren Korrektheit übrigens noch kein Einsichtiger zu bezweifeln gewagt hat. Kurz und gut, wären nicht noch andere ganz unberechenbare, lichtscheue, Intriguen und Verschwörungen zettelnde Elemente im Reiche und in der Nähe des Thrones unermüdt thätig, die von heute auf morgen alles in Frage stellen, Elemente, denen selbst ein Beust trotz seiner Spürkraft erliegen mußte, weder die Persönlichkeit, noch der Charakter, noch die Vergangenheit des neuen Ministers des Auswärtigen würden in uns irgend welche Besorgnisse wecken.

## Politische Rundschau.

Laibach, 11. November.

**Inland.** Es lag durchaus nicht im Plane jener unzugänglichen Kreise, welche Beust's Stellung unterwühlten, den Grafen Andrassy an dessen Stelle zu setzen. Sie bereiteten sich darum auch, dessen Ernennung zum Minister des Aeußern zu hintertreiben, aber diesmal glücklicherweise noch ohne Erfolg. Von Andrassy selbst erzählt der „Pester Lloyd“, daß derselbe stets gesagt habe, er strebe nicht nach dem Posten des Ministers des Auswärtigen, aber er könne sich ganz gut Fälle denken, in denen die Uebernahme desselben für ihn eine Pflicht wäre. „Ich werde mich“, habe er einmal gesagt, „nicht absichtlich dahin stellen, wo ein Ziegelstein herabfällt; fällt er mir aber ohne mein Verschulden auf den Kopf, so wird dieser hart genug sein, davon nicht eingeschlagen zu werden.“ Nachdem nun, meint der „Pest. Lloyd“, für den Fall einer Weigerung Andrassy's nur solche Persönlichkeiten als „möglich“ bezeichnet wurden, welche entweder als bornirt und für den Posten untauglich, oder als reaktionär und ungarnfeindlich, oder endlich als beides zugleich bekannt sind, mochte wohl Andrassy jenen Fall als eingetreten betrachten, welcher ihm die Uebernahme

des Beust'schen Postens als eine Pflicht gegenüber dem Vaterlande wie der Monarchie erscheinen ließ.

Zur Beustkrisis bemerkt der „Ang. Lloyd“: „Im Auslande hat man häufig das Urtheil vernommen, daß es in Oesterreich zu allen Zeiten, und namentlich während der sogenannten konstitutionellen Ära eine „geheime“, wohlorganisirte Regierung gegeben, die „neben“, „hinter“ oder „unter“ dem wirklichen, dem öffentlichen Auge sichtbaren Kabinet operirte, gleichsam wie das Institut des seligen Hofkriegsrathes in vergangenen Perioden von Wien aus jedesmal die im Felde stehenden Generale in mehr oder weniger störender Weise an selbständiger Aktion hinderte. Ihr Dasein bekunde diese geheime Regierung gewöhnlich in plötzlichen Wendungen, auf welche der biedere Filisterverstand der nicht eingeweihten Außenwelt nicht vorbereitet zu sein pflege. Sollte das Kabinet Hohenwart der Zypfel des Gewandes gewesen sein, den man zum erstenmal deutlich sehen und wieder verschwinden ließ?“

Während sich in der deutschen freisinnigen Presse nach den Aeußerungen vollständigster Ueberzeugung und Verblüffung nur Kundgebungen der wärmsten Sympathie für den so unerhört gestärkten Staatsmann und die Anerkennung seines Wirkens für die Monarchie finden, jubeln die Organe derjenigen Partei, welche die reichlichsten Früchte von dem Sturze des Grafen Beust ernten wird: die Jesuiten. Wer Lust an Selbsttäuschungen hat, der mag glauben, daß Beust's Entfernung in alle Wege nur einen Personenwechsel bedeute; über dem Kopfe seines Nachfolgers werden die Fäden gesponnen zu dem Reize, in das auch er einst stürzen wird, gesponnen von den Händen der Jesuiten. Darin jubeln sie allerorten. Das Leibblatt ihres Hauptstreiters in dem österreichischen Kontingent, des Bischofs Rudigier, ergeht sich in folgendem Castigationsgefangen:

„Wenn wir im guten Vaterlande Umschau hielten, war es uns schon lange nicht mehr vergönnt, unter den gewitterschwangeren Wolken, die über dem Reiche lagern, die Sonne des Friedens auch nur auf kurze Zeit durchschimmern zu sehen. Heute zum erstenmale lächelt sie uns freundlich entgegen. Oesterreichs Ostermorgen ist gekommen. Der Alp, der auf dem Reiche lastete — sein Todtengräber zieht von dannen: Graf Beust hat seine Demission gegeben. Sollte das Ministerium Hohenwart keine anderen Erfolge nachzuweisen haben, als den einen — den Tod des Todtengräbers Oesterreichs, den Dank des Vaterlandes hat es sich verdient; der Aufbau Oesterreichs, er kann beginnen, kein Hinderniß steht ihm im Wege.“

Nach Herr Rudigier hat also die Witterung, daß es Hohenwart's Geschoß sei, welches den Grafen Beust traf, und die Witterung dieser Herren ist bekanntlich keine schlechte. Charakteristisch ist auch das Bild, dessen sich das Organ seiner Todfeinde bedient: Beust wird verglichen mit dem Weibe des jungen Tobias, deren böser Geist manch einen Mann getödtet hatte, bis des Tobias Tugend ihn selbst vertrieb.

Der Bruder Zwerger in Graz bleibt in Jubelstönen nicht zurück; er ruft durch sein Blättchen: „Plaudite amici! In der Geschichte gibt es genug Beispiele von Freude der Völker, wenn ihre Fürsten von Dämonen befreit wurden, die in der Gestalt sorglicher Rathgeber sie bestrickten. Sie hat wieder ein Beispiel mehr zu verzeichnen.“ An anderer Stelle gibt das Blatt der Ansicht Ausdruck, daß man dem Grafen Beust bezüglich seiner auswärtigen Politik auf Schliche gekommen sein mag, die seine Entfernung räthlich erachten.

Nicht minder jubeln unsere einheimischen Klerikalen, die Jesuiten mit und ohne Tonsur und Schaufelhut.

Als die Grundzüge des Andrassy'schen Programms bezeichnet man: Erhaltung des Friedens nach außen, sorgfältige Pflege der freundschaftlichen Verbindung mit Deutschland und der guten Beziehungen zu den übrigen Nachbarländern, konsequente Pflege der verfassungsmäßigen Entwicklung im Innern bei allseitiger Wahrung der Interessen des Gesamtstaates.

**Ausland.** Die deutsche Presse fertigt die Czechen und ihre Memoranden ganz anders ab, als unsere einheimische. So schreibt z. B. die „Breslauer Zeitung“: „Man lese dieses neueste Memorandum der Czechen. Das ist eine Ueberhebung und eine Arroganz, die in Betracht der armen Mittel, die diesen Leuten zu Gebote stehen, dem allgemeinen Hohngelächter verfallen müßten, wenn nicht soeben die Erfahrung gelehrt hätte, daß es im österreichischen Staate Männer gab, die im Namen des Staates diese Unverschämtheiten unterstützten. Gegenüber der zu Recht bestehenden Reichsverfassung — es gibt ja gar nichts gleichgiltigeres als die Frage, ob sie von den Czechen anerkannt war oder nicht — erschrecken sich die Herren Rieger und Clam-Martinic, die Vertreter des feudal-ultramontanen Czechenthums, von einem „sogenannten“ Verfassungsstandpunkte und von einer „sogenannten“ Verfassungstreue ganz offiziell zu sprechen; sie drohen dem Kaiserstaate, sie, die Czechen, würden sich nie

Fortsetzung in der Beilage.

Bestimmtheit, daß das Kapital in London in Folge außergewöhnlicher Zuflüsse und geschickter Benützung unterschiedlicher Kursfluktuationen bereits 1868 20,000,000 Thaler betragen habe, so daß zu obiger Summe noch 22 1/2 Millionen Franks hinzuzurechnen wären, was eine Gesamtsumme von 87 Millionen ergäbe, doch bleiben wir bei der kleineren Rechnung, bei den 64 1/2 Millionen. Diese werfen zu 5 Prozent fast 3 1/4 Millionen jährlich ab, und da eine so hohe Rente sich gleichfalls noch während des Jahres verzinst, wohl 3 1/2 Millionen. Der heilige Vater hat also ohne Peterspfennig so beiläufig 150,000 Gulden monatlich zu verzehren und kann sich daher schon eine ganz leidliche Einbrennsuppe gönnen und, wenn er will, auch seine Briefe frankiren.

Wenn also Jemand einen Pfennig gerade zum Verschleßen hat, so braucht er ihn nicht bis Rom zu bemühen, es gibt in der Nähe auch genug Leute, die keine Einbrennsuppe und keine Briefmarke haben, und was schlimmer als das, nicht einmal 65 Millionen Erübrigtes — was der arme Greis im Vatikan doch hat, als kleine Vinderung seiner über großen Armuth.

## Eine Wiener Geschichte.

„Pensionnat de jeunes demoiselles“ stand deutlich über dem offenen Thorgang jenes alten,

dunklen Hauses, und einzeln und gruppenweise traten junge und noch jüngere Mädchen eines Tages durch jenen Thorgang ein.

Violett oder Schwarz war die Farbe der Toiletten, und leisen Trittes und auch nicht schäfernd und einander überjagend, wie es wohl sonst geschah, stiegen sie in das zweite Stockwerk hinauf.

In der Mitte eines einfach geschmückten Saales stand der geschlossene Sarg, der die irdischen Reste ihrer einst vergötterten Directrice umschloß. Sie besprengten sich und den Sarg mit geweihtem Wasser, knieten nieder, verrichteten unter leisem Schluchzen ein kurzes Gebet und flüsterten dann, in Gruppen zusammenstehend, leise, als ob sie die arme Entschlafene nicht wecken wollten.

Hin und wieder entschlüpfte wohl ein heftiges Wort den jungen Lippen oder das zornige Funkeln eines Augenpaares wurde sichtbar — da gab das Eintreten eines jungen, schönen Mannes der Szene ein neues Interesse.

Widerstrebend, mit unsicheren Schritten naht der Eintretende dem Sarge, legt einen Kranz von weißen Rosen auf denselben und preßt halblaut die Worte hervor: „Verzeih' mir, wie ich dir verzeihe.“ Dann neigte er sein todtenbleiches Haupt gegen die

jungen Mädchen, und — eine Stunde darauf deckte die Erde Sarg und Rosen.

Ein Jahr vordem war die Verbliebene ein junges, schönes, blühendes Mädchen gewesen. Sie war Vorsteherin eines in der höheren Gesellschaft sehr beliebten Institutes, und es schien, als läge ihr die Zukunft im rosigsten Lichte entgegen. Bewunderlich war es nur, daß die junge Dame nicht ans Heiraten dachte, woran, wie man sagt, junge Damen doch zu denken pflegen, oder wenn sie daran dachte, daß sich kein Freier finden wollte.

Die kleinen und großen Pensionärinnen lachten wohl schelmisch, wenn ihnen ein solches Wort zu Ohren kam, und blickten dann so verschämt-heimlichvoll und altklug vor sich nieder, als wollten sie sagen: „Uns ist das durchaus nicht auffällig.“ aber eines Tages war die schöne Directrice doch Braut geworden, und die kleinen Dinger schüttelten erstaunt ihre Köpfe.

Ein Beamter, ein junger, schöner, ernstblickender Mann, war der Bräutigam, und vier Wochen nach der Verlobung war die Hochzeit.

Die junge Frau hatte ihr blühendes Aussehen schnell verloren, sie war dann immer kränklich, und der junge Gatte blickte noch ernster als sonst und ließ sich nur selten sehen.

wieder in Ausgleichsverhandlungen einlassen; sie fragen den Staat gar nicht, ob er nicht will, nein! es genügt, daß sie nicht wollen, denn sie stehen eben dem Staate gleichberechtigt und ebenbürtig gegenüber und — man muß es ja sagen — darin, in dieser unglaublichen Arroganz sind sie leider durch die Staatsmacht selbst bestärkt worden; in den Fehlern Oesterreichs liegt allerdings ein Milderungsgrund für sie — sonst müßte man sie ja nach ihrem letzten Memorandum als reis fürs Zollhaus erklären.“

Von den auswärts verhandelten Fragen fordert jetzt unser volles Interesse die schweizerische Bundesrevisions-Arbeit heraus, schon darum, weil unsere Föderalisten sich auf die angeblich auch föderalistischen Institutionen der Eidgenossenschaft zu berufen lieben und zuweilen etwas von einer „monarchischen Schweiz“ zu fantasieren pflegen. Nun, diese guten Leute werden bald nach anderen Vorbildern suchen müssen — wo sie sie finden, ist ihre Sache — denn, wie schon wiederholt erwähnt, die Schweiz zentralisiert sich und gegenwärtig tagende Bundesversammlung drückt dieser Umwandlung das Siegel der Sanction auf. Interessant sind die Eröffnungsreden in der genannten parlamentarischen Versammlung. Der Präsident des Nationalrathes, Brunner, sagte unter anderem: „Die Session, welche wir heute beginnen, ist für unser Vaterland die wichtigste und folgenschwerste seit dem Jahre 1848. Es gilt die Verfassung mit den inzwischen neu entstandenen Anforderungen der Zeit in Einklang zu bringen. Im Jahre 1848 mochte man noch ohne großen Uebelstand den schweizerischen Handel und Verkehr fünf und zwanzig verschiedenen Gesetzgebungen unterstellen. Heute (in der Periode der Eisenbahnen und Telegrafen) ist dies nicht mehr möglich, ohne die Interessen eines großen Theiles unserer Bevölkerung schwer zu verletzen.“

„Das „schweizerische Volk,“ fuhr der Redner fort, „wird sich überall daran gewöhnen, schweizerische Fragen nicht nur durch die kantonalen Brillen zu betrachten. Leugnen läßt sich natürlich nicht, daß in Föderativ-Staaten jeder zentralisirende Schritt in gewissem Sinne eine Annäherung an den Einheitsstaat bildet, und von diesem Standpunkte ausgehend, war die gegenwärtige Bundesversammlung ein sehr bedeutender Schritt in dieser Richtung.“

Ähnlich sprach sich der Präsident des Ständerathes, der bekannte Landammann Keller, aus. Er konstatierte auch: „Kein fremdes Machtgebot tönt heute in den Austausch unserer Ansichten, kein drohendes Gewitter von außen her legt unseren Berathungen eine Fessel an oder zeichnet ihrem Gange gebieterisch Richtung und Ziel vor. Die böhmische Czechenfrage, welche zur Zeit das Kaiserreich an der Donau bewegt, berührt kein Interesse unseres

Vaterlandes. Auch die Ussollationen des seltsamen sogenannten „Gefangenen“ im Vatikan haben im Lande nicht die Theilnahme geweckt, welche der Ruf der fernem Brandstätte von Chicago hervorrief. Das neue deutsche Reich hat den innern Ausbau seines Nationalismus durch Centralisation fortschrittlicher Gesetzgebung auf allen denjenigen politischen und sozialen Gebieten begonnen, deren Einheit nicht nur die Kraft, sondern auch das nationale Leben und Bewußtsein eines Volkes bedingt. Endlich darf auch der Kampf der Geister, welcher sich auf dem religiös-kirchlichen Gebiete im Schoße der beiden christlichen Bekenntnisse erhoben hat und der vorab von der deutschen Wissenschaft und Dialektik so entschieden geführt wird, kaum welche Beunruhigung in unsere Verhandlungen bringen. Vielmehr werden wir auf der Höhe der Zeit leicht die Zeichen auguriren, welche der Freiheit, der Wahrheit, der bürgerlichen und sittlichen Rechtsordnung entgegenstehen.“

Aus Rom schreibt man der „Pall Mall Gazette,“ daß der Papst bei seinem Entschlusse bleibt, Rom zu verlassen, im Falle die religiösen Orden unterdrückt werden sollten. Die Ausführung dieses Entschlusses, meint der Korrespondent, würde sogar jenen Korporationen selber verhängnißvoll werden. So lange der Papst in Rom weilt, ist die italienische Regierung genöthigt, dem Clerus große Rücksicht zu zeigen. Aber wenn der Heilige Vater sich entfernt, wird die Regierung gezwungen werden, radikalere Maßregeln zu ergreifen, als sie sonst gethan haben würde.

### Zur Tagesgeschichte.

— Aus Prag wird der „N. Fr. Pr.“ geschrieben: „Ich habe schon vor längerer Zeit Gelegenheit genommen, auf die eigenthümliche Stellung hinzuweisen, welche Graf Heinrich Clam-Martinić seit dem Augenblicke, als im Jahre 1859 sein eventuelles Minister-Programm vom Kaiser nicht genehmigt wurde, eingenommen und consequent festgehalten hat. Es ist eine verbissene, zähe Feindseligkeit, die der Mann bei unzähligen Anlässen, wo es sich um die Konsolidirung der inneren Verhältnisse Oesterreichs handelte, kundgegeben hat; mehr als einmal war er und nur er es, welcher die Anbahnung einer Verständigung zwischen den widerstrebenden Elementen unseres Staatslebens verhinderte, und so wie er im vorigen Jahre das Ausgleichsbestreben Potocki's dadurch vereitelte, daß er seine adeligen Bestimmungsgenossen hinriß, der czechischen Deklaration beizutreten, weil er wußte, daß in dem Ausgleiche, wie ihn Potocki im Sinne hatte, eine Postik, wie er sie anstrebt, nimmermehr einen Platz finden würde, so geht nun auch jetzt, nachdem er seine Pläne, für die er den Grafen Hohenwart zu gewin-

nen verstanden hatte, vernichtet sieht, sein Streben einzig und allein nur dahin, Revanche zu nehmen, zu stören und zu verwirren, was gestört und verwirrt werden kann. Graf Heinrich Clam-Martinić überragt leider die meisten seiner Staaesgenossen in geistiger Beziehung so sehr, daß sie sich von ihm meist willenlos leiten lassen; er hat sie schon zu manchen Schritten hingerissen, die sie sonst auf keinen Fall gethan hätten; seine dämonische Gewalt wird sie möglicherweise noch zu manchem weiteren Schritte treiben, der für sie und das Land verhängnißvoll werden kann!“

— Ein Zeitungsartikl der „Narodni Listy“ legt dem „Gerichte der Geschichte“ folgendes zur Beurtheilung vor: „Die ganze Ausgleichsaktion geschah unmittelbar vor den Augen des Kaisers. Die Czechen haben hierfür schriftliche Beweise in Händen; sie bewahren diese der Geschichte auf, woraus man ersehen wird, daß Hohenwart nicht ein einziges Versprechen zu geben wagte, bevor er nicht die Meinung des Kaisers eingeholt. Kein einziger Satz, kein einziger Paragraph, kein einziges Wort, ja kein einziger Buchstabe ist in den Fundamentalartikeln vorhanden, den nicht der Kaiser zuvor gelesen, geprüft und genehmigt hätte. Kein einziger Wunsch wurde unsererseits ausgesprochen, über dessen Annahme nicht zuvor höchsten Ortes entschieden worden wäre. Das zweite im voraus vereinbarte Restrikt war schon in Prag. Es liegt jetzt unter Schloß in der Tischlade des Statthalters und enthält folgenden Satz: „Wir geben unser königliches Wort, daß wir Sorge tragen werden, damit diese Fundamentalartikel allgemein durchgeführt werden.“

— In Nr. 44 der „Wiener Medizinischen Presse“ vom 29. October sind zwei interessante Fälle von Heilung der Nuchendiphtheritis durch den galvanischen Strom beschrieben. Der eine Fall betraf die Frau Erzherzogin Maria Theresia, Gemalin des Prinzen Philipp Alexander, Herzogs von Württemberg; der andere Fall Herrn Dr. Gustav Braun, Professor der Geburtshilfe an der Wiener Universität. Bekanntlich verdrängen bei Behandlung der verschiedensten Krankheiten die Naturkräfte immer mehr und mehr auch die inneren Arzneimittel. Während man vor Jahren den Einfluß der Elektrizität nur bei Lähmungen anerkennen wollte, lehrte uns die fortgeschrittene wissenschaftliche Forschung, dieses rationelle angewendete Mittel nicht nur als das ausgezeichnetste Nervenmedikament zu betrachten und anzuwenden, sondern auch seine schnellen und effektanten Erfolge bei anderen Krankheiten zu wüthigen. Mit Recht wird daher der Kreis jener, welche die Elektrizität als Heilmittel achten lernen, immer größer sowohl unter den Ärzten als den Laien, Dank dem unermüdblichen wissenschaftlichen Forschen jener Männer, die sich weder durch vorgefaßte Meinungen, noch durch die Ungunst der Verhältnisse beirren lassen.

— Herr Heinrich v. Drasche hat dem k. k. Mineralienkabinet in Wien nebst anderen werthvollen Mineralien ein Exemplar von Meteorereisen gespendet, welches bei Tiquipilco im Tolucathale in Mexico gefunden wurde. Der Meteorit wiegt 73 Pounds und ist unverletzt mit Ausnahme eines Ecks, an welchem ein Schnitt geführt wurde, um die Widmannstädt'schen Figuren; das Kennzeichen solcher Meteorereisen, hervortreten zu lassen. Es ist das größte der Stücke, die im Tolucathale gefunden und nach Europa in die Sammlungen gebracht wurden. Schon seit dem Jahre 1784 war es bekannt, daß bei dem Dorfe Tiquipilco einzelne Stücke von Eisen umherliegen und von den Indianern zu Ackerbaugeräth und anderen Werkzeugen verwendet wurden. Das Eisen wurde als meteorisch erkannt. Nach den gemachten Funden zu urtheilen, muß ein ungemein reicher Schauer von Meteorereisen im Tolucathale niedergefallen sein. Die Zeit, wann dieses Ereigniß stattfand, ist unbekannt.

— Eine wichtige Mittheilung über das Wesen der Wasserfäule bringt der „Russische Reg. Anz.“ nach dem dem „Archiv der gerichtlichen Medizin“ (Septemberheft) beigelegten epidemiologischen Blatte, dem wir folgendes entnehmen: „Seitdem der Professor der pathologischen Anatomie, M. M. Rudnew, 1869 die Vorlesungen aus der pathologischen Anatomie der

Da, eines Tages, gab's große Unruhe im Hause, es war ein Hin- und Herlaufen, ohne daß man recht wußte, was da vorging, da ertönte der schrille Schrei eines Kindes — die Frau Vorsteherin war Mutter geworden. Das traf sich gerade fünf Monate nach der Hochzeit, und einen Augenblick sahien es, als ob das Institut einen großen Theil seiner wechselnden Bevölkerung verlieren sollte, da trat ein Mann muthig in die Schranken und legte linde die Hand auf die der Sitte geschlagene Wunde. Es war das die Hand eines Priesters, also eine geweihte Hand, die man nicht zurückstoßen durfte — eines Priesters, der in Wort, Blick und Geberde stets nur Liebe und Nachsicht predigte und der in der vornehmen Welt hoch in Ansehen und Gnaden stand. Als Katechet des Pensionats wie als Beichtvater der jungen Frau, die er schon kannte, als sie noch selbst Schülerin war, stand ihm diese Mittlerrolle wohl zu, da zerriß ein gewaltiges Ereigniß den schönen Mantel, den er priesterlich über die Wöchnerin geworfen hatte.

Der junge Vater des, wenigstens ihm so unerwartet erschienenen Kindes, in allen Dingen sanft, friedfertig und fügsam, hatte seine eheliche Wohnung verlassen und war nicht wieder dahin zurückgekehrt.

„O, ich schäme mich unter die Leute zu treten,“ war seine einzige Antwort, wenn man ihn bat, zu seiner Frau zurückzukommen. Da wurde ihm ein Briefchen in die widerstrebende Hand gedrückt, das ihm in wohlbekannten Schriftzügen sagte: „Ich habe Gift genommen, komm schnell, denn ich liebe dich und möchte dir's noch einmal sagen.“

Das war zu Mittag, und gegen vier Uhr Abends war sie todt. Freilich hatte sie ihrem Gatten, wie sie es gewünscht, noch sagen können, daß sie ihn und nur ihn liebe, daß sie gefallen sei, bevor sie ihr gekannt, daß sie das Bekenntniß aus Scham von einem Tage auf den andern verschoben habe, daß sie ihn bitte, ihr zu verzeihen und das arme Würmchen nicht zu verlassen, damit es nicht in die Hände jenes Priesters falle, der sie, kaum den Kinderjahren entwachsen, verführt, verderbt habe!

Das ist die Geschichte der armen Frau. Der Gatte ist im Irrenhause, der edle Katechet blüht in voller Gesundheit und predigt für die vornehme Welt, heute wie gestern, das Evangelium.

„N. Fr. Pr.“

Thiere für die Veterinär-Studenten übernommen, wandte er seine besondere Aufmerksamkeit auf die Tollwuth der Hunde, welche so häufig in der gerichtlichen Veterinär-Expertise zu konstatiren ist, weil bis dahin so wenig feste Anhaltspunkte für eine genügende Diagnose dieser Krankheit durch das Oeffnen der Thiere gewonnen werden konnten. Er überzeugte seine Zuhörer leicht, daß hier nur mit Hilfe des Mikroskops sichere Resultate zu erreichen wären, und es ergab sich in der That bald folgendes überraschende Resultat: Die Hauptursache der Tollwuth ist die anatomische Veränderung der Nieren durch eine parenchymatöse Entzündung derselben. Diese letztere unterscheidet sich von anderen Formen derselben Entzündung dadurch, daß das ganze Nieren-Epithelium gleichzeitig krank ist und daß sie leicht degenerirt, indem die Nierenröhren sich gleichmäßig mit einer emulsiven Fettsubstanz anfüllen, wodurch eben der beständig tödliche Ausgang der Tollwuth herbeigeführt wird. Da so die Ursachen der Krankheit gefunden worden sind (?), läßt sich mit Sicherheit annehmen, daß auch Mittel zu ihrer Heilung entdeckt werden können."

— Der Londoner Fonds für die Hilfsbedürftigen von Chicago hat jetzt die Höhe von 47.000 Pfd. St. erreicht. Inzwischen bringt die letzte New-Yorker Post wieder einige Einzelheiten über die Zerstörungen, welche das Feuer anrichtete. Zerstört wurden fünf Getreide-Elevatoren mit 1,600.000 Bushels (Scheffel) Getreide, während 11 Kornspeicher mit 5,000.000 Bushels unversehrt blieben. Die Hälfte der Vorräthe von Mehl und Schweinefleisch verbrannte; 50,000.000 Fuß gefäztes Stabholz verbrannten; 240,000.000 Fuß blieben übrig; Kohlen 80.000 Tons (Tonne zu 20 Ztr.) verbrannt, 79.000 Tons übrig. Die Vorräthe von Spezereiwaren, Schnittwaren, Schuhwaren verbrannten zum größeren Theile, während von fertigen Kleidungsstücken über die Hälfte zerstört wurden. Trotz alledem wurde kaum mehr als die Produktion von drei Wochen zerstört. Es stehen noch 30.000 Häuser, während der Grundfestig natürlicherweise nicht verbrennen konnte. Nach einer sorgfältigen Schätzung ergibt sich, daß Chicago nicht weniger als 20, aber nicht mehr als 25 Prozent seiner Mobilien und Immobilien verloren hat.

— Aus Honolulu ist über San Francisco die Nachricht von einem großen Unglücke eingetroffen, welches die amerikanische Wallfischflotte im nördlichen Eismeere getroffen hat. 20 Schiffe, welche im nördlichen Eismeere zwischen Point Belcher und Wainwright Inlet vom Eise eingeschlossen waren, wurden am 13. September verlassen, nachdem vorher 13 andere gesunken oder aufgefahren waren. Die Mannschaft dieser 33 Schiffe, 1200 Mann und 90 Offiziere, wurde von den übrigen Schiffen der Wallfischflotte gerettet, so daß keine Menschenverluste zu beklagen sind. Die Mannschaften sind in Honolulu und die 90 Offiziere in San Francisco eingetroffen. Der Schaden wird auf 1.500.000 Pfd. St. angesetzt.

## **Local- und Provinzial-Angelegenheiten.**

### **Local-Chronik.**

#### **Gemeinderathssitzung**

am 10. November.

Die gestrige Gemeinderathssitzung bot, wie wir schon bei Bekanntgabe der Tagesordnung angedeutet, in der That ein ganz außerordentliches Interesse. Wenn solches in hohem Grade durch die ebenso eingehende als ausgezeichnete Behandlung, welche eine Reihe für die Gemeinde hochwichtiger Gegenstände fand, gerechtfertigt war, so wurde es noch erhöht durch den bei Beginn der Sitzung gestellten Antrag, dem abgetretenen Reichskanzler das Ehrenbürgerrecht der Stadt Laibach zu verleihen.

Bei der enormen Ausdehnung des Stoffes müssen wir auf eine vollständige Wiedergabe der Verhandlungen verzichten und uns auf die Mittheilung der bedeutsamsten Beschlüsse beschränken.

\* \* \*

Vorsitzender: Bürgermeister Deschmann. — Anwesend: 20 Gemeinderäthe.

Graf Veust — Ehrenbürger von Laibach.

Vor Beginn der eigentlichen Tagesordnung meldete sich Dr. Suppan zum Worte. Er knüpfte an das bereits bekannte kaiserl. Handschreiben an, womit Graf Veust von dem Posten eines Reichskanzlers entbunden wurde. Gewiß wird niemand diesen Staatsmann ohne aufrichtiges Bedauern von einem Posten scheiden sehen, den er durch 5 so ereignisreiche Jahre mit Geschick und Aufopferung bekleidete und sich auf die volle Dankbarkeit der Bevölkerung den gerechtesten Anspruch erwarb. Durch alle 5 Jahre seiner Amtsführung hat Graf Veust dem Reiche den Frieden erhalten, sein Verdienst ist's hauptsächlich, daß der deutsch-französische Krieg nicht zu einem europäischen ausartete.

So großen Dank sich aber Graf Veust für seine Leitung der auswärtigen Politik auch erworben, so gebührt ihm derselbe nicht minder für seine Leistungen in der innern. Er hat die Beseitigung Belcredi's und der Sistrungärra bewirkt, einen hervorragenden Antheil an dem Zustandekommen unserer freisinnigen Staatsgrundgesetze genommen, und welche Thätigkeit er in den letzten Wochen entwickelte, wo es sich um die Beseitigung der Verfassung, um die extravagantesten föderalistischen Versuche, um die schwerste Schädigung der Einheit und Machtstellung des Reiches handelte — ist noch in aller Erinnerung. Wenn die Bevölkerung dem Grafen Veust hiesfür überhaupt dankbar sein soll, so haben wir, die wir von den verderblichen Wirkungen des Föderalismus auf einem Gebiete schon die Früchte sahen, die wir mit Schauern das Unterrichtsweisen schon der Verwilderung preisgegeben, unsere Jugend schon in ihrer Ausbildung und Zukunft beeinträchtigt sahen — den meisten Grund dazu. (Lebhafte Beifall.)

Die Stadtgemeinde Laibach hat von dem schönsten ihr zustehenden Rechte, der Wahl eines Ehrenbürgers, durch Jahre keinen Gebrauch gemacht. Der Närritt des Grafen Veust, dieses ausgezeichneten, so vielfach verdienten Staatsmannes dürfte aber hierzu einen gerechtfertigten Anlaß bieten. (Großer Beifall.)

Redner stellt daher den Antrag:

„In dankbarer Würdigung der Verdienste, welche sich Sr. Excellenz Friedr. Graf Veust nicht nur durch sein erfolgreiches Wirken in Leitung der äußern Angelegenheiten des österr.-ungar. Kaiserstaates, durch Herstellung und Festigung der freundschaftlichen Beziehungen zu den auswärtigen Mächten und so durch Aufrechthaltung des für die Entwicklung und innere Kräftigung Oesterreichs unentbehrlichen Friedens, sondern namentlich auch in den letzten Wochen durch seine Einflußnahme auf Aufrechthaltung der bestehenden Verfassung, der durch sie bedingten Einheit und Machtstellung des Staates und auf Hintanhaltung der drohenden, die Existenz des Reiches gefährdenden föderalistischen Experimente, um das Reich im allgemeinen und daher mittelbar auch um diese Landeshauptstadt erworben hat, werde Sr. Excellenz Friedr. Grafen Veust das Ehrenbürgerrecht der Landeshauptstadt Laibach verliehen.“

Der Antrag wird durch Erhebung von dem Eigen einstimmig angenommen.

Hievon wird Graf Veust durch den Bürgermeister sofort telegrafisch verständigt.

Nach einigen Mittheilungen des Vorsitzenden und Interpellationen wird zur Tagesordnung übergegangen.

#### **Vorträge der Rechtssektion.**

##### **Gemeindestatut der Stadt Laibach.**

Dr. Kaltenecker gibt in einem einstündigen, ebenso klaren wie erschöpfenden Referate eine vernichtende Kritik des vom Landtage beschlossenen Gemeindestatutes, er führt die Vergleichung mit dem seinerzeit vom Gemeinderathe ausgearbeiteten Entwurf durch und zeigt, wie der Landtag mit gänzlicher Mißachtung der Gemeindeautonomie bei seinen Vorschlägen sich nur von Animosität gegen die Stadtgemeinde leiten ließ und dabei noch überdies eine höchst unvollkommene und schleuderhafte legislatorische Arbeit lieferte. Die Versammlung folgte dem ausgezeichneten Vortrage mit

gespanntester Aufmerksamkeit und wiederholtem Beifall. Der Schlußantrag lautet:

„Der löbliche Gemeinderath wolle beschließen, es sei in Betreff des vom krainischen Landtage in seiner Sitzung vom 14. Oktober 1871 angenommenen Gesetzes einer Gemeinde- und Gemeindevahlordnung für die Stadt Laibach und

in Erwägung der darin enthaltenen, durchaus ungerechtfertigten Beschränkungen des Selbstbestimmungsrechtes der Gemeinde, sowohl in Vermögens- als in sonstigen ihrem selbständigen Wirkungskreise zustehenden Angelegenheiten;

in Erwägung der vielfachen Bestimmungen der Wahlordnung, in denen eine Verwirrung der Interessenvertretung, eine Verkürzung der zu einer höhern Theilnahme an den Geschäften des öffentlichen Lebens berufenen Elemente und eine diesem öffentlichen Leben abträgliche Neuerung des Wahlrechtes begehrt ist;

in Erwägung der summarischen Behandlung und Botirung dieses Gesetzes, der völligen Ignorirung der gemeinderäthlichen Antragsmotivirungen und der sogar textuellen Mangelhaftigkeit des Gesetzes — im Wege des k. k. Landespräsidiums dem k. k. Ministerrathe die Bitte vorzulegen, hochderselbe wolle die allerhöchste Sanction des besagten Gesetzes nicht beantragen.“

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

Dr. v. Kaltenecker referirt über die Organisirung des Schubgeschäftes und beantragt, vorläufig zwar dem Diurnisten Joh. Kalisch eine Kanzlistenstelle extra statum mit jährlichen 500 fl. zu verleihen, die weitere Organisirung aber noch aufzuschieben und den Magistrat mit verschiedenen, darauf bezüglichen statistischen Erhebungen zu beauftragen. (Angenommen.)

#### **Vorträge der Finanzsektion.**

Dr. Schöppl referirt a) wegen Verkaufes verschiedener städt. Parzellen (soll theils vorgenommen, theils verschoben werden) und b) wegen eines Grundtauschtes für das zur Erbauung der Tabakfabrik nothwendige Areal (soll vorgenommen werden.) Nach Antrag.

##### **Lotterianlehen der Stadt Laibach.**

Der Referent Dr. Suppan rekapitulirt die bisherige Geschichte dieser Angelegenheit bis zum letzten ablehnenden Landtagsbeschlusse. Der Landtag versagte die Zustimmung zum Anlehen aus den wichtigsten Gründen, rein nur aus seiner prinzipiellen Opposition gegen die Gemeinde, und verhinderte so, daß selbe auf die leichteste, für die Bewohner nicht drückende Art zu den erforderlichen Geldmitteln gelangt und in die Lage gekommen wäre, allen Anforderungen zu entsprechen. Auch die beabsichtigte Erhöhung der Zinskreuzer scheint nicht zulässig. Es würde unzweifelhaft ein Konflikt mit dem Landesauschuß entstehen, die Sache käme doch nicht zur Ausführung und die Gemeinde hätte nur das Obium. Da aber der Landtag konsequent der Gemeinde die erforderlichen Geldmittel verweigert, ungeachtet er weiß, daß und wozu selbe nothwendig sind, so muß selbst der projektirte, so nothwendige Volksschulbau unterbleiben. Redner schließt mit dem Antrage:

„Der löbliche Gemeinderath wolle beschließen:

a) Es habe die projektirte Ausführung eines neuen Schulgebäudes wegen verweigerter landtäglicher Bewilligung zur Aufnahme eines Lotterie-Anlehens von 1 Million Gulden und wegen gänzlicher Uebergehung des korrekt gestellten Antrages in Betreff der Erhöhung der Zinskreuzer — vorläufig zu unterbleiben;

b) der Herr Bürgermeister werde eingeladen, diesen Beschluß unter Darstellung des Sachverhaltes zur Kenntniß des k. k. Landesschulrathes zu bringen.“

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

Peskovic referirt wegen Verkaufes der städtischen Fleischhütte am Froschplatz (ablehnend); über die Taglten für die Stadtwache (21 fl. zu zahlen) und über die Kanzleirechnung pro Juli, August, September (mit 90 fl. zu genehmigen). Alles nach Antrag.

Dr. Schöppl referirt wegen Abtretung eines städtischen Grundtheils in der Polana ablehnend. Nach Antrag.

#### **Vorträge der Schulsektion.**

Mahr referirt wegen Bewilligung eines Beitrages von 100 fl. zur evangelischen Schule pro 1870/1

und über die Genehmigung einer Rechnung der 1. städt. Volksschule pr. 60 fl. für Lehrmittel. — Angenommen.

Pirker referirt über die Aufforderung des Landeslehrerathes zur Errichtung einer städt. Mädchenschule und beantragt, da einerseits bei der gegenwärtigen Ueberfüllung der Ursulinenschule mit auswärtigen Mädchen ein faktischer Bedarf, für die städtische weibliche Jugend eine Schule zu errichten, nicht vorhanden sei, außerdem aber die finanzielle Lage der Stadt eine solche vorläufig auch absolut unmöglich machen würde — derzeit auf das gestellte Ansuchen nicht einzugehen. — Angenommen.

Laschan referirt wegen des städt. Beitrages zur Pension des Lehrers Karl Gögl und beantragt, daß es bezüglich dieser bei den bisherigen Bezügen bleibe, jede Leistung aber für den Gehalt des neuen Lehrers an der jetzt nur von Landkindern besuchten St. Peterschule abgelehnt werde. — Angenommen.

Dr. Schaffer referirt wegen des Turnunterrichtes an der 1. städt. Volksschule und beantragt, daß selber nach den Vorschlägen des Ortslehrerathes und Magistrates auch pro 1871/72 an den Turnlehrer Val. Schäfer unter den bisherigen Bedingungen übertragen werde.

**Sprachenzwang und utraquistischer Unterricht an den Mittelschulen.**

Der Referent Dr. Schaffer hält einen ausführlichen Vortrag über die Verfügung des Unterrichtsministers vom 8. Oktober d. J., womit unter Anwendung des Sprachzwangs an der hiesigen Realschule der utraquistische Unterricht eingeführt und unter gänzlicher Umgehung der dabei so vielfach, insbesondere auch finanziell interessirten Gemeinde die wichtigsten Aenderungen in der Errichtung dieser Anstalt theils eingeführt, theils in Aussicht gestellt wurden. Der Vortragende beleuchtet eingehend die Maßregeln des Unterrichtsministers von der rechtlichen, dann von der finanziellen, ferner von der pädagogischen und wissenschaftlichen Seite, entwickelt den Standpunkt der autonomen Gemeinde zu denselben, indem er schließlich einen Blick auf die traurige Zukunft der Schule wirft, wenn auf dem begonnenen Wege fortgeschritten würde, und die Gefahr betont, daß am Ende auch die Sparrasse unter so bedauerlichen Verhältnissen ihren Entschluß nicht zur Ausführung bringen könnte. Wegen Raummangel müssen wir auch hier verzichten auf die ausgebehalten, lichtvollen und sehr beifällig aufgenommenen Erörterungen des Referenten näher einzugehen, der in seinem Vortrag eine Reihe zutreffender Bemerkungen über national-meritorische Leistungen auf dem Gebiete des Unterrichts verslocht und mit dem Antrag schloß:

Der löbl. Gemeinderath wolle beschließen:

in Erwägung, daß der Erlaß des Herrn Ministers für Kultus und Unterricht vom 8. Oktober d. J., mit welchem in Betreff der Anwendung der deutschen und slovenischen Sprache an den Mittelschulen Kroains und insbesondere auch an der Realschule in Laibach Verfügungen getroffen werden, eine Verletzung des Art. 19 der St.-G.-G. vom 21. Dez. 1867, R. G.-B. Nr. 142, enthält;

in der Erwägung, daß die hier verfügten Maßregeln voraussichtlich der Gemeinde Mehrauslagen verursachen werden, gegen deren Uebernahme dieselbe schon jetzt entschieden Protest einlegt, so wie sie sich auch vorbehält, angesichts der schon angebahnten und noch weiter zu befürchtenden Aenderungen in der Einrichtung der hiesigen Realschule die Frage ihrer künftigen Beitragsleistung zur Erhaltung dieser Anstalt überhaupt in Betracht zu ziehen;

in Erwägung, daß durch die in Rede stehende Verfügung der vom wissenschaftlichen und pädagogischen Standpunkte anerkannt verwerfliche utraquistische Sprachunterricht hier bereits eingeführt, sowie in verwehrtem Maße in Aussicht gestellt wird;

in Erwägung, daß so mit Grund zu befürchten steht, daß die hiesige Realschule gegenüber dergleichen Anstalten anderer Länder zurückbleiben und ihren Schülern der spätere Besuch einer technischen Hochschule ungemein erschwert sein werde;

in der endlichen Erwägung, daß die oft genannte Verfügung mit gänzlicher Umgehung der dabei

so vielfach, namentlich auch finanziell so bedeutend interessirten Gemeinde zu Stande kam und deshalb eine entschiedene Misachtung der ihr zustehenden Autonomie befeudet — wird der Bürgermeister ersucht, ungesäumt in einer motivirten Eingabe im Wege des h. krain. Landespräsidiums vom Herrn Minister für Kultus und Unterricht im Namen der Stadtgemeinde die ehebmöglichste Rücknahme der Eingangs genannten Verfügung zu erbitten, zugleich in ihrem Namen gegen die Uebernahme jeder in Folge letzterer entstandenen Mehrauslage zu protestiren.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen, hiermit die öffentliche Sitzung nach 3 $\frac{1}{2}$  stündiger Dauer geschlossen, die geheime aber auf morgen Samstag Abends 6 Uhr vertagt.

— (Graf Beust) hat auf das, aus der gestrigen Gemeinderathssitzung an ihn ergangene Telegramm, seine Ernennung zum Ehrenbürger von Laibach meldend, folgende telegrafische Antwort an den Bürgermeister eingesendet: „Mit gerührtem Herzen empfang ich den mich ehrenden und erfreuenden Abschiedsgruß. Ich bitte, dem löblichen Gemeinderathe meinen Dank auszusprechen. Beust.“

— (Ein fast unerhörter Fall) mittelalterlicher Justiz aus den Zeiten des Faustrechtes wird der „Gr. Tpp.“ aus Oberlaibach gemeldet: Es hatte nämlich Jemand von einem Zweitem eine gewisse Quantität Lohe gekauft. Weil aber dieser Letztere dem Ersteren um 2 fl. Lohe zu wenig zugeführt hatte, so wurde er deshalb beim k. k. Bezirksgerichte verklagt. Weil der Beklagte am Verhandlungstage nur eine Barschaft von 1 fl. 40 kr. bei sich führte, so ließ ihn der Herr Bezirksrichter Mulley durch den Gerichtsdienner untersuchen, den Gulden wegnehmen und überdies auch noch die Ohrringe (hierzulande auch von Männern häufig getragen) aus den Ohren nehmen, während er ihm 40 Kreuzer in der Tasche ließ. Auffallend ist auch dies, daß dem Beklagten nicht einmal gestattet war, einen Vergleich abzuschließen.

— (Die slov. Organe und der Rücktritt Beust's.) Der Schadenfreude über den Rücktritt Beust's verleiht der „Slov. Narod“ rüchhaltigen Ausdruck. Er sieht im Sturze dieses Staatsmannes die Nemesis für den Sturz Hohenwarth und benützt die Gelegenheit zu unwürdigen, persönlichen Ausfällen gegen den Reichskanzler. Wir ersparen uns selbstverständlich die Wiedergabe derselben und bemerken nur, daß von den politischen „Verbrechen“ des Grafen Beust in den Augen der Slovenen seine deutschfreundliche Politik das größte und unverzeihlichste ist. Ein deutscher Ausländer, habe er diese Richtung in das nichtdeutsche Oesterreich importirt und die ganze jämmerlichkeit der Lage verschuldet. Sonderbar nimmt es sich aus, wenn dieses Blatt, welches zuweilen liberal thut, dem Grafen Beust zum Vorwurfe macht, er habe gegen das Konkordat agitirt, während doch wichtigere Fragen ihrer Lösung harren. Mit der Nachfolgerschaft Andrassy's aber kann sich „Slov. Narod“ nicht befremden. Er werde wohl noch verhängnisvollere Wege gehen, als Beust, nur vor allem — energischer sein. Nur einen Vortheil gewinnen die Slovenen bei dem Tausche. Während Beust immer an Andrassy einen Bundesgenossen fand, werde Andrassy ohne Beust isolirt dastehen und demnach leichter zu bekämpfen sein. In ähnlichem Sinne spricht sich die „Novice“ aus, welche schon jetzt den Tag herbeiwünscht, an dem auch Andrassy seine Demission erhalten werde.

— (Ein allgemeiner deutscher Parteitag) wird von dem Organe der deutschen Partei in Kärnten mit allem Nachdrucke begehrt. Nur wird derselbe erst dann einzuberufen sein, wenn — soweit dies in Oesterreich überhaupt möglich — vollkommene Klarheit in die Situation gekommen ist. Dem bezüglichlichen Artikel der „Freien Stimmen“ entnehmen wir folgende Stelle: „Den Ultramontanen hat man vieles aus alter Liebe gethan, den Ezechern manches aus unverständiger Furcht; uns wird man nur so viel geben, als unbedingt nothwendig ist. Es ist daher Pflicht aller Deutschen im Staate, diese Nothwendigkeit in das Bewußtsein der kommenden Regierung zu bringen.“

Es kann dies in eindringlicher Weise nur auf einem deutschen Parteitag geschehen, für den kein Zeitpunkt so angemessen war, wie der gegenwärtige. Wir hoffen deshalb, daß er von den Parteiführern in Bälde einzuberufen, trotzdem aber wohl vorbereitet werde. Wir brauchen auf demselben unsere Solidarität nicht mehr mit Worten zu betonen, wir müssen vielmehr vor allem zu einem klaren, unzweideutigen Programme in der staatsrechtlichen Frage gelangen, welche der praktische Ausdruck dieser Solidarität ist. Wir müssen ferner von diesem Mittelpunkt aus unsere Stellung gegenüber den anderen Fragen und unsere gesammte Haltung abhängig machen. Wir müssen endlich uns über eine sowohl zur Regierungsaktion als zum gesetzlichen Widerstande geeignete Taktik einigen. Wir können zugleich bei dieser Gelegenheit konstatiren, wer wirklich unserer Partei angehört oder wer nur in den Tagen des föderalistischen Schreckens sich hinter unsere Reihe geschlüchelt hat und jetzt auf unseren Schultern emporsteigen möchte.“

— (Aus dem Amtsblatte der „Laib. Ztg.) Beim kärntner Landesgerichte ist eine Officialstelle mit den systemmäßigen Bezügen zu besetzen. Bewerbungen bis 22. d. M. an das Präsidium. — Bei dem Rechnungsdepartement der hiesigen Finanzdirektion sind zwei Rechnungsofficialstellen mit 500 event. 600 fl. Gehalt erledigt, und haben Bewerber ihre Gesuche binnen drei Wochen beim Präsidium einzureichen. — Beim Laibacher Landesgerichte erliegen eine Menge, wahrscheinlich von Diebstählen herrührende Gegenstände, deren etwaige Eigentümer sich binnen Jahresfrist melden wollen. — Die Oberlehrerstelle in Gorenowitz, Bezirk Adelsberg, ist zu besetzen; Gesuche sind bis Ende November bei dem Bezirksschulrath einzureichen.

— (Erster allgem. Beamten-Verein der österreichisch-ungarischen Monarchie.) Im Monate Oktober d. J. hatte dieser Verein für seine Lebensversicherungs-Abtheilung folgende Ergebnisse zu verzeichnen. Neu wurden im Laufe des Monats abgeschlossen 600 Verträge über 524.973 fl. Kapital und 2000 fl. Rente. Hierzu der Bestand der früheren Affekturanzgen, nach Abschlag aller Erlöschungen, ergibt einen Gesamtbeitrag in Kraft befindlicher Versicherungen von 12.595 Polizzen mit 10.726.969 fl. Kapital und 35.134 fl. Rente. Durch Todesfälle erloschen seit Beginn dieses Jahres 110 Verträge, in deren Erfüllung der Verein 77.350 fl. Kapital und 150 fl. Rente ausgezahlt hat. Die Prämien-Einnahme für den verfloffenen Monat war mit fl. 34.111.48 vorgeschrieben. Mit der Verbreitung des Vereins im allgemeinen und der vorgenannten Branche hält auch seine Spar- und Vorschuß-Abtheilung gleichen Schritt. Dieselbe ist gegenwärtig bereits durch 46 Konsortien in allen Theilen des Reiches thätig, welche eigene Kapitalien ansammeln und mit Hilfe dieser, sowie mit Benützung ihres Kredites im Zentrale, dem Beamtenstande durch Ertheilung von billigen Verlässnissen in sehr anerkenntnisswerther Weise beistehen. Ein solches Vorschuß-Konsortium des Vereins ist jüngst auch für die Beamten der Banken und Geldinstitute unter der Obmannschaft des Herrn J. Neumann, Vorstandes der Hypothekar-Kredit-Kasse der priv. österr. Nationalbank, ins Leben gerufen worden und erfreut sich einer überraschenden Theilnehmung der betreffenden Beamten-Kategorie. Als ein weiterer bezüglich der Verbreitung des Vereins erfreulicher Umstand ist anzuführen, daß derselbe nunmehr auch in Böhmen, wo er bisher eine verhältnißmäßig geringere Theilnehmung fand, täglich an Boden gewinnt. So sind in letzter Zeit in Pilsen, Reichenberg und Chrudim Lokalauslässe ins Leben getreten und haben dem Vereine ein sehr ansehnliches Kontingent von Mitgliedern zugeführt.

#### Eingefendet.

Der Karneval rückt näher, allenthalben rühren sich bereits Anzeichen desselben, Komitee's werden gewählt, die Balltage festgesetzt etc. Im Interesse unserer tanztüchtigen Damen und Herren fragen wir auch an, ob uns das Bürgerkränzchen-Komitee für den nächsten Fasching die so beliebt gewordenen Unterhaltungen veranstalten wird?

Der Karneval ist kurz, daher bald aus Wert!

